

KLAUS W. TOFAHRN



Chronologie des Dritten Reiches

Ereignisse · Personen · Begriffe



Klaus W. Tofahrn
Chronologie des Dritten Reiches

Klaus W. Tofahrn

Chronologie des Dritten Reiches

Ereignisse · Personen · Begriffe



Wissenschaftliche Buchgesellschaft

Einbandgestaltung: Neil McBeath, Stuttgart.

Einbandbild: Berlin/Ankunft Hitlers in Berlin
nach Abschluss des Münchner Abkommens und Beginn des Einmarsches
dt. Truppen in das Sudetengebiet, 1. Oktober 1938.

Foto: akg-images.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen,
Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in
und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2003 by Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt
Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier
Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.wbg-darmstadt.de

16663-9

Inhalt

Peter Steinbach: Zur Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich in Deutschland nach 1945 in Kultur und Wissenschaft	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXV

Chronik

1. Das Scheitern der Weimarer Republik und der Aufstieg der NSDAP: Der Weg zur „Machtergreifung“	1
Das Jahr 1930	1
Das Jahr 1931	5
Das Jahr 1932	10
Das Jahr 1933 (bis 29.01.)	16
2. Von der „Machtergreifung“ bis zum Kriegsbeginn: Machtkonsolidie- rung und Kriegsvorbereitung	18
Das Jahr 1933 (ab 30.01.)	18
Das Jahr 1934	32
Das Jahr 1935	39
Das Jahr 1936	47
Das Jahr 1937	54
Das Jahr 1938	57
Das Jahr 1939 (bis 31.08.)	66
3. Der Zweite Weltkrieg: Deutscher Vernichtungskrieg in Europa und japanische Expansion in Südostasien	70
Das Jahr 1939 (ab 01.09.)	70
Das Jahr 1940	73
Das Jahr 1941	79
Das Jahr 1942	88
Das Jahr 1943	97
Das Jahr 1944	104
Das Jahr 1945 (bis 09.09.)	112
Anmerkungen	125

Auswahlbibliografie	133
Kurzbiografien	157
Personenregister	179
Sachregister	183

Zur Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich in Deutschland nach 1945 in Kultur und Wissenschaft

Peter Steinbach

Die Konfrontation mit der Geschichte des Nationalsozialismus begleitet die Deutschen durch die ganze Nachkriegszeit. Die Auseinandersetzungen werden zunächst natürlich geprägt von den sehr unterschiedlichen, geradezu gegensätzlichen Geschichtsbildern der beiden deutschen Staaten, die sich beide auf ihre Weise als post-nationalsozialistisch verstanden. Allerdings rückte und rückt man im Westen die DDR in eine totalitäre Kontinuität, während die SED-Führung die Bundesrepublik als einen weiterhin kapitalistischen und deshalb auch potenziell faschistischen Staat apostrophierte. Öffentliche Auseinandersetzungen um die Deutung der NS-Zeit fanden vor allem in der westdeutschen Teilgesellschaft statt und überlagerten sich früh mit Versuchen eines angemessenen historischen Gedenkens.

Bereits zu Beginn der Fünfzigerjahre wurde in Bergen-Belsen ein Denkmal eingeweiht, dem Bundespräsident Theodor Heuss die Funktion zuschrieb, als „Stachel im Fleisch“ der deutschen Gesellschaft zu wirken. Wer „Nie wieder!“ fordert oder verspricht, muss wissen, worauf er sich bezieht. Deshalb finden zeithistorische Filme, Untersuchungen und Kontroversen immer großes Interesse. Eine der ersten Debatten berührte den Widerstand gegen Hitler. Auch hier sprach Heuss bereits 1954 ein klärendes Wort, das verstanden wurde auch vor dem Hintergrund der Erschütterung, die Inge Scholls Darstellung der „Weißen Rose“ und das „Tagebuch der Anne Frank“ verursachen konnten.

Ende der Fünfzigerjahre nahm die Intensität einer unmittelbaren und erstmals alle Medien berührenden Auseinandersetzung der Deutschen mit den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen zu und beeinflusste immer entschiedener die Formen des Gedenkens, das – in den Worten von Theodor Heuss – stets die Möglichkeit bieten sollte, sich im grundsätzlichen Nachdenken über die Vergangenheit auf die Grundlagen eines stets gefährdeten politischen Zusammenlebens zu besinnen.

Der Preis dieser Überlagerung von Erinnerung und Gedenken mit der zeitgeschichtlichen Forschung ist allerdings hoch, denn zunehmend wird seit den Fünfzigerjahren über die jüngste Vergangenheit der Deutschen in der Form eines öffentlichen Meinungskampfes gestritten. Gesinnung scheint nicht selten wichtiger als Kenntnisse zu sein. Und eigentlich verstärkt sich dieser Trend im

Zeitalter der Medien mit ihren Talkshows, die dem Trend, die Wirklichkeit in Meinung aufzulösen, endgültig zum völligen Durchbruch verhelfen. Wie oft aber streitet man über Ereignisse und Fakten, ohne sie genau zu kennen, weil man zuvörderst Positionen ergreifen will, die auch geschichtspolitisch identifizierbar sein sollen. Das ist bis in die jüngste Zeit mit den beiden großen Walser-Debatten und dem Streit spürbar, der sich an Goldhagens Buch über die Deutschen als die „willigen Vollstrecker“ des Völkermords entzündet hat.

Gerade in einer pluralistischen Gesellschaft entstehen im Nachdenken über die Zeitgeschichte immer wieder vehement ausgetragene politische Konflikte wegen kontroverser Deutungen der Vergangenheit. Exemplarisch ließe sich dies an einer Auseinandersetzung zeigen, die etwa, von Hochhuths Schauspiel „Der Stellvertreter“ ausgehend, die Rolle des Papstes bei der angeblichen Behinderung des Völkermords an den Juden kritisch reflektiert. Kontroversen über die Vergangenheit sind, so zeigt sich rasch, keineswegs immer das Ergebnis umstrittener Deutungen, sondern spiegeln unvermeidlich die Vielschichtigkeit, ja Ambivalenz der Geschichte selbst.

Weil historische Entwicklungen Folgen menschlicher Entscheidungen und entsprechend offen sind, eröffnen sie eine Fülle von Alternativen, die in nachfolgenden Generationen nicht selten derart intensiv debattiert werden, als handelte es sich um gegenwärtige Optionen eigener politischer Entscheidungen. Weil schließlich viele Menschen ganz unterschiedliche Erinnerungen mit lebensgeschichtlich bedeutsamen Ereignissen und deren Folgen verbinden, kann es nur vielfältige Deutungen der Vergangenheit geben. Jede erinnerungs- und gedenkpolitische Debatte setzt zugleich aber voraus, dass die daran Beteiligten die Fakten kennen und die kontroversen Deutungen nicht für die faktische Grundlage einer Vergangenheit halten, die als Zeitgeschichte die Mentalität der Zeitgenossen prägt.

Geschichte ist unvermeidlich sehr oft ebenso umstritten wie umkämpft. Sie wird zum Politikum und dient dann weniger der Besinnung und Versöhnung als der Zuspitzung von Gegensätzen durch die Produktion von Schlagwörtern.¹ Nicht selten prägt die Umstrittenheit auch das öffentliche Gedenken selbst. Besonders deutlich wird dies am Tag der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht. Können und dürfen wir von „Zusammenbruch“ und „Niederlage“, von der „Stunde Null“ und „Neuanfang“, von „Katastrophe“ sprechen, oder sollten wir „Befreiung vom Nationalsozialismus“ vorziehen? Diese Vielfalt von Begriffen ist nicht allein Ausdruck des semantischen Kampfes um die öffentliche Meinung, sondern Ausdruck ganz unterschiedlicher individueller Erfahrungen, die sich dennoch von der Systemgeschichte nicht trennen lassen. Ihren gemeinsamen Bezugspunkt finden Erfahrungen häufig

¹ Karl Dietrich Bracher, Schlüsselwörter in der Geschichte, Düsseldorf 1978.

im chronologisch festgemachten Ereignis. Deshalb sind chronologische Zusammenstellungen ebenso wichtig wie reizvoll, denn sie bieten unterschiedlichen Erfahrungen einen gemeinsam Bezugspunkt.

Dann ist es kein Nachteil, dass die Ambivalenz der gedeuteten Vergangenheit die Zelebrierung des Gedenkens erschwert oder dass gar die Inszenierung der Erinnerung zum problematischen und immer wieder umstrittenen Politikum gemacht wird. Erinnern wird zwar im politischen Gegeneinander zunehmend fragwürdig und ruft dann oft Widerstände hervor, wie etwa die jüngste Debatte über die Wehrmachtausstellung oder der sich bis zum vehement ausgetragenen Historikerstreit steigende Deutungskonflikt über eine Vergangenheit, die angeblich nicht vergeht, zeigt. Diese öffentlich ausgetragenen Kontroversen zielen weniger auf die Zunft der Fachleute als auf die allgemeine Stimmungslage und bezeichnen nach abgeflachter Erregung vor allem Symptome eines problematischen Geschichtsverständnisses, welches im positiven Fall ein neues Interesse an der Vergangenheit begründen kann.

Der Streit um die Vergangenheit ist folglich nicht neu und bedarf vor allem der Kenntnis der historischen Tatsachen. Neugier und Skandalon bedingen sich. Geschichts-, gedenk- und erinnerungspolitische Auseinandersetzungen prägten die Fünfzigerjahre allerdings wesentlich weniger als die Sechziger- und Siebzigerjahre.² Ging es damals um die Bewertung des Verhaltens der Weimarer Parteien und ihrer Nachfolger, so standen die Sechzigerjahre ganz im Spannungsfelde generationsbedingt unterschiedlicher Deutungen der Vergangenheit. Der Eichmann-Prozess hatte die Öffentlichkeit konfrontiert mit dem bewusst geplanten Völkermord, der Auschwitz-Prozess hatte 1964 die Realität der industriemäßig betriebenen Ermordung von Menschen und Beseitigung ihrer Leichname vor das Auge der Nachlebenden gerückt.

Die Verjährungsdebatten der Jahre 1965 und 1969 hatten das Gespür dafür wachsen lassen, dass Nachlebende Verantwortung für die Auseinandersetzung mit der Geschichte tragen. In der Protestbewegung der Studenten hatte sich 1967 und 1968 die Zeitkritik mit der ebenso kritischen Auseinandersetzung verbunden, die sich in der Befragung der Deutschen nach ihrer Vergangenheit ausdrückte. In den Siebzigerjahren waren dann Dimensionen alltäglicher Geschichte in das Blickfeld gerückt. Minderheiten wie die Sinti und Roma hatten sich ihrer Geschichte besonnen und neues politisches Selbstbewusstsein aus ihrer Verfolgung im Dritten Reich gezogen. Homosexuelle verwiesen auf ihre Verfolgungsgeschichte und machten den „rosa Winkel“, den homosexuelle KZ-Häftlinge zu tragen hatten, zum positiven Identifikationsobjekt. Auch die

² Vgl. die grundlegende Arbeit von Peter Reichel, *Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit*, München und Wien 1995.

Widerstandsgeschichte wurde kontrovers erörtert und mündete in das neue Konzept einer integralen Zusammenschau widerständigen Verhaltens.

In den Achtziger- und Neunzigerjahren nahmen die Auseinandersetzungen zur Vergangenheit schließlich derart zu, dass man von „Geschichtspolitik“ zu sprechen begann. Zunehmend ging es um Fragen der Wiedergutmachung und Entschädigung, die Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile, die Anerkennung von Verfolgten bis hin zur Respektierung von Deserteuren. Immer seltener war die Legitimation des Widerstands in der deutschen Öffentlichkeit bestritten worden, seitdem Strafverfahren gegen nationalsozialistische Gewalttäter den Unrechtscharakter des Regimes unübersehbar erwiesen und die in dessen Namen verübten Verbrechen zum wichtigsten Bewertungsmaßstab widerständigen Verhaltens gemacht hatten. Dennoch blieben noch für eine lange Zeit geschichtliche Kontroversen erregend und bestimmend, die vor allem Fragen der politischen Gestaltung berührten, etwa im Zusammenhang mit der befristeten und schließlich völligen Aufhebung der Verjährungsfristen von NS-Gewaltverbrechen im Jahre 1979 auch unter dem Eindruck des Holocaust-Filmes.

So schälten sich zunehmend Gemeinsamkeiten in der Bewertung heraus. Immer aber blieben zugleich auch politische Deutungskonflikte spürbar. Eine der heftig geführten Debatten berührte die Frage nach der Schuld am Untergang der Weimarer Republik. Bundestagsabgeordnete, die aus dem konservativen Lager kamen, verließen wenige Monate nach der Vereidigung der sozialliberalen Koalition den Plenarsaal des Bundestages, um dagegen zu protestieren, dass der sozialdemokratische Finanzminister Alex Möller sie als „Stahlhelmer“ bezeichnet und so für das Ende der Weimarer Republik verantwortlich gemacht hatte. Wenige Jahre später erzürnte der Christdemokrat Heiner Geißler die Sozialdemokraten, weil er sie als Kollektivistinnen bezeichnet und mit den Kommunisten für das Ende der Weimarer Republik verantwortlich gemacht, ja mit den Nationalsozialisten in eine enge Verbindung gerückt hatte. Wenig später erregte derselbe Politiker die Grünen, weil er sie des Pazifismus beschuldigte und zumindest in geistiger Hinsicht verwandt mit jenen sah, die gegenüber Hitlers Politik eine Appeasement-Politik durchgesetzt hatten. Alle Kontroversen zeigten: Strittig waren nicht die Ereignisse, sondern deren Bewertung und tagespolitische Konsequenzen.

In den Fünfzigerjahren etwa hatte man heftig über das Ermächtigungsgesetz vom März 1933 oder das Reichskonkordat vom Sommer 1933 über die Verantwortlichkeit einzelner Politiker gestritten. In den Sechzigerjahren ging es um generationsspezifische Verantwortlichkeiten, seitdem vor allem um Interessengruppen und die politische Verantwortung von Parteien. Immer ging es dabei um Grundfragen historischer Legitimation und nachträglicher Kritik an angeblichen Fehlentscheidungen in der Endphase der Weimarer Republik, die

verknüpft wurden mit der nationalsozialistischen Machtergreifung. Die Kontroversen entzündeten sich an der Frage eines ganz konkreten Fehlverhaltens: Hatte Bundespräsident Theodor Heuss nicht der Ermächtigung Hitlers mit seiner kleinen Fraktion zugestimmt? Hatte der Vatikan nicht mit dem Reichskonkordat das NS-Regime gestützt? Hatten sich Kommunisten nicht gegen die Verfassung der Republik von Weimar bekannt und mit den Nationalsozialisten sogar gemeinsame Streikaktionen getragen?

Ähnlich intensiv hatten sich die Deutschen nach 1918 über die Frage der deutschen Kriegsschuld geschichtspolitische Auseinandersetzungen geliefert, die bis weit über das Jahr 1945 nachwirkten. Mit der Ende der Fünfzigerjahre aufbrechenden erneuten Kriegsschuld-Kontroverse um die Mitverantwortung der Deutschen am Ausbruch des Ersten Weltkriegs ging es aber um mehr als um die Frage nach der Kriegsverantwortung. Nicht mehr die Schuldfrage von 1914, sondern die Vorgeschichte des NS-Staates stand vierzig Jahre später im Zuge der „Fischer-Kontroverse“ zur Debatte.³ Damit wurde erstmals seit dem Ende des 19. Jahrhunderts wieder eine relativ weit zurückliegende Epoche Gegenstand einer zugleich geschichtswissenschaftlich wie geschichtspolitischen Kontroverse über die Interpretation der Vergangenheit.

Zu einer deutlich pädagogisch orientierten Politisierung der Vergangenheit kam es in den Sechzigerjahren. Dabei reagierte die Öffentlichkeit auf sichtbar werdende Tendenzen rechtsradikaler Stimmungen, die sich im Zuge eines Konjunkturerinbruchs in der Mitte der Sechzigerjahre in Stimmengewinnen der Nationaldemokraten (NPD) niederschlugen. Rechtsextremistische Deutungen der Geschichte bezogen sich auf die Relativierung der deutschen Verantwortung für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und steigerten sich schließlich bis zur Leugnung von Gaskammern und zur Politik gegen einen abgebliebenen „Auschwitz-Mythos“. Zunehmend prägte die zeitgeschichtliche Deutungskontroverse politisch-kulturelle Divergenzen und wurde nicht zuletzt in den auslaufenden Sechzigerjahren zwischen den Generationen „der Väter und der Söhne“ ausgetragen. Diese Tendenz politisierte die Vergangenheit, denn der Gegenwart wurde ein Spiegel vorgehalten, der den Ist-Zustand nicht mehr im Sinne der liberalen Geschichtsschreibung mit vergangenen Hoffnungen und Möglichkeiten verglich, sondern manche Zeiterscheinungen wurde diskreditiert, etwa, indem die jüngere Generation die Geschichte der Bundesrepublik durch Kontinuitäten von Funktionseleiten belastet sah und von „Karrieren im Zwielficht“ sprach, die ältere Generation sich wiederum

³ Arnold Sywottek, Die Fischer-Kontroverse. Ein Beitrag zur Entwicklung historisch-politischen Bewußtseins in der Bundesrepublik, in: Bernd-Jürgen Wendt, (Hrsg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts, Düsseldorf 1973, S. 1947.

schützen wollte, indem sie die wissenschaftliche Zeitgeschichte als Ausdruck einer gelungenen politischen Umerziehung in Misskredit zu bringen suchte.

Dagegen sprachen sich linksliberale Historiker vehement aus und beschworen die historisch-politische Aufklärung. Diese Vorgehensweise zeichnete auch manche Rede des Bundespräsidenten Gustav Heinemann aus. In seine Präsidentschaft fiel eine engagiert ausgetragene Historiker-Kontroverse über den Stellenwert der deutschen Reichsgründung 1871. Drei Jahre zuvor hatten in der deutschen Öffentlichkeit heftige Debatten über die Bewertung der Revolution von 1918 stattgefunden, in der viele den Anfang für den Untergang der Weimarer Republik sehen wollten.

Auch der 40. Jahrestag der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ war umstritten, weniger angesichts der Verpflichtung, jedem Ansatz einer Wiederholung den Kampf anzusagen („Nie wieder!“), als vor allem, weil die deutschen Führungsschichten wieder einmal vehement über die Frage der politischen Verantwortung für die deutsche Katastrophe stritten. Überdies beanspruchten die beiden deutschen Staaten, jeweils ihre Lehre aus der NS-Erfahrung gezogen zu haben, verglichen sich miteinander und postulierten, den bösen Keim der Vergangenheit zumindest in ihrer Teilgesellschaft überwunden zu haben.

Diesen Anspruch auf einen politischen Neuanfang machte das eine Deutschland dem anderen zugleich vehement streitig. Der Schoß sei fruchtbar noch, tönte es aus Ostberlin nach jedem Wahlerfolg der politischen Rechten, und zurück hallte es: Die DDR sei nicht mehr als ein „rotes Preußen“. Diese deutsch-deutsche Konfrontation wirkte sich auf die deutschen Geschichtsdebatten aus, weil hüben manche Zeitgenossen die Deutungen der damaligen DDR-Führung übernahmen und die Bundesrepublik in eine Kontinuität zum NS-Staat rücken wollten.

Und immer tritt man über die Vergangenheit, insbesondere dann, wenn neue geschichtspolitische Initiativen ergriffen worden waren und diskutiert wurden. Historische Deutungskonflikte machte so die Diskussion über den 18. März 1848 deutlich, den eine Bürgerinitiative vor 1989 zum nationalen Gedenktag erheben wollte,⁴ ebenso wie die vierzig und auch fünfzig Jahre nach Kriegsende ausbrechende Debatte über den 8./9. Mai 1945, den inzwischen als gesetzlichen Feiertag abgeschafften 17. Juni (1953),⁵ den 20. Juli

⁴ Die Bedeutung des 18. März 1848 als Jahrestag wird auch daran deutlich, dass die erste demokratisch gewählte Volkskammer im Jahre 1990 an diesem Tag gewählt wurde.

⁵ Vgl. Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik und deutsche Frage: Der 17. Juni 1953 im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik 1953–1989*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 24 (1998), S. 382–411.

1944. Lediglich der Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, der seit drei Jahren als Tag der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus begangen wird, wurde ohne Widerspruch und Diskussion über den Sinn und die Symbolfunktion dieses Tages eingeführt.

Historiker können sich die Vergangenheit nicht zurechtschneiden, vielmehr haben sie die Aufgabe, die Vielfalt der Vergangenheit auch in ihrer Widersprüchlichkeit in das Bewusstsein ihrer Zeitgenossen zu rücken. So gesehen, bietet jeder Gedenktag eine große Chance für das „inszenierte Erinnern“, das Gedenken. Gewiss ist das Datum „9. November“ zunächst ein Zufall der Geschichte, dessen verschiedene Bezugspunkte (Ausrufung der Republik 1918, gescheiterter Hitler-Putsch 1923, Reichspogromnacht 1938, Öffnung der Mauer 1989) sich zu einem sinnvollen Zusammenhang nur durch Reflexion und „Konstruktion“ verbinden lassen.

Wenn es aber zu den Aufgaben des Historikers gehört, ein „herkömmliches und allzu bequemes Vergangenheitsverständnis richtig zu stellen und zu problematisieren“,⁶ dann bietet sich gerade dieser Tag dafür an. Denn die mit ihm verknüpften Ereignisse fügen sich zu einem Spannungsbogen, in dem Chancen und Möglichkeiten deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert ebenso sichtbar werden wie das denkbar Negative einer menschlichen Gemeinschaft. Mitmenschen wurden auf eine willkürliche Weise diffamiert und ausgegrenzt. Sie wurden verfolgt und schließlich vernichtet und dies keineswegs, weil man sie für politisch gefährliche Gegner hielt, sondern weil die Nationalsozialisten sie als Gegenmenschen bezeichneten.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen der reflektierenden Bemühung, die man auch als aktive Erinnerung bezeichnen kann, ist die unverklärte Wahrnehmung der vergangenen Wirklichkeit. Dies schließt ein, dass sich aktiv Erinnernde die Vergangenheit nicht verklären. Denn erst wenn vergangene Tatsachen deutlich vor Augen stehen, wenn sie bewusst geworden sind, kann bei den Nachlebenden die Reflexion über die Bedeutung von Ereignissen einsetzen, die zur Vergangenheit gehören, zu einer vergangenen Zeit allerdings, die zugleich durch die Menschen, die diese Vergangenheit häufig noch miterlebt haben, auch ein Bestandteil der Gegenwart sind.

Die Rekonstruktion vergangener Tatsachen, Ereignisse und Entwicklungen ist die Aufgabe der Geschichtswissenschaft, die allerdings zugleich unter dem Eindruck von Deutungen steht, die wiederum die Reflexionen über die Vergangenheit prägen können. Aus dieser Ambivalenz des jüngst Vergangenen, historisch sowohl abgeschlossenes Ereignis als zugleich auch im Bewusstsein der Zurückblickenden gegenwärtige Geschichte zu sein, erklärt sich ohne

⁶ Fritz Stern, Vier Tage im November, in: Johannes Willms (Hrsg.), Der 9. November: Fünf Essays zur deutschen Geschichte, München 1994, S. 84.

Zweifel die besondere Aktualität der Zeitgeschichte, ihre Umstrittenheit und ihre politische Bedeutung. Zeitgeschichtliche Forschung und Deutung ist so geradezu unvermeidlich ein Politikum, deshalb sind zeithistorische Kontroversen unausweichlich.

Wir haben oft den Eindruck, Zeitgeschichte sei die nicht vergehende Vergangenheit, sondern bleibe anstößig und stelle gerade jene Vergangenheit dar, die noch qualmt und brennt. Dies ist eine Konsequenz der Nähe und der unmittelbaren politischen Sprengkraft nachwirkender Ereignisse und Fakten. Zum Politikum werden sie allerdings immer erst dann, wenn es um die Erinnerung im Zusammenhang mit der Verarbeitung der Vergangenheit geht. Vielfach wird sie als „Schuldverarbeitung“ interpretiert und deshalb oft angezweifelt. Häufig schreibt man der historischen Reflexion gar die Aufgabe zu, Vergangenheit bewältigen zu sollen – mit dem regelmäßig zu hörenden Einwand, Geschichte lasse sich nicht bewältigen im Sinne einer „Erledigung“, sie lasse sich bestenfalls aushalten. Aber auch was man aushalten will, muss man kennen.

Deshalb ist die Verengung der Auseinandersetzung um die Zeitgeschichte auf den Schuldkomplex mehr als problematisch: Zeithistorischer Deutung kann es nicht um ein Bekenntnis zur Kollektivschuld gehen, sondern allein um die bewusste Wahrnehmung der Vergangenheit als Voraussetzung einer inneren Auseinandersetzung mit der Geschichte und insbesondere um die Reflexion der Verantwortung des Einzelnen für historische Entwicklungen und Deutungen. Zeitgeschichtliche Forschung wird so unvermeidlich in einen moralischen Zusammenhang gerückt und der Forderung ausgesetzt, einen Beitrag zur Erziehung der Menschen zu leisten.

Ausdruck dieses Bestrebens ist sowohl die Forderung des „Nie wieder“ als auch die Aufforderung, „den Anfängen zu wehren“, um zwei Topoi herauszugreifen, ohne Zweifel aber auch die Proklamation eines neuen Geschichtsbildes oder Geschichtsbewusstseins, das aus dem Schatten der jüngsten Vergangenheit herauszutreten helfen solle. Wir seien wieder wer, erklärten deutsche Politiker, und hätten „ein Recht, aus dem Schatten von Auschwitz zu treten“. Auch diese neue Selbstbewusstsein beeinflusste das Geschichtsbild, denn es ermunterte, neben den schwarzen Strängen deutscher Geschichte auch die „weißen“ zu sehen.

In der Tat gehört zur Geschichte der nationalsozialistischen Unterdrücker auch die Erinnerung an die Unterdrückten, an jene, die sich behaupteten, Verfolgten halfen, sich widersetzen. Diese Fragen wurden insbesondere unter dem Eindruck von politischen Protestbewegungen erörtert, die sich als Friedens- und Widerstandsbewegungen verstanden und für sich den Anspruch erhoben, in der Tradition einer ansonsten geehrten Widerständigkeit zu stehen. Auch bei diesen moralischen Anliegen geht es immer um die wichtigen und